Nummer 158 — Halle, Freitag, den 9. Juli 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.40 Reichsmark, durch Postzeitungsbuchhandlungen ohne Bestellgeld 1.20 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Postzustellgebühr. Gelegentliche Bezugspreis-Erhöhungen werden rechtzeitig bekanntgegeben. Die Anzeigen werden nach Reichs-Teuerungszuschlag berechnet, die Zeile 0.35 Reichsmark.

Die Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, befinden sich in der Ausgabe für Dessau und Umgebung. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle (Saale), Große Ulrichstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7021. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 2015. „Saale-Zeitung" Postscheck-Abteilung Leipzig Nr. 2015. Girokonto: Deutsche Bank- und Disconto-Gesellschaft, Filiale Halle. Bankkonto: Deutsche Reichsbank Filialbank, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22015. Girokonto: Stadtbank Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Reichskanzler a. D. Dr. Cuno lud den Oberbürgermeister von Neuyork Walker mit Gattin ein, an dem Stapellauf des Hapagdampfers „Neuyork" in Hamburg im Oktober teilzunehmen und die Schiffstaufe zu vollziehen. Walker dankte und erklärte, er wolle die Einladung in Erwägung ziehen.

*

Der vom Disziplinargerichtshof verurteilte Dr. Jänicke, der Schwiegersohn Eberts, wird im Aubendienst des Auswärtigen Amtes keine Verwendung mehr finden. Daß Dr. Jänicke freiwillig aus dem auswärtigen Dienst des Reiches ausscheiden wolle, wird von seinen Angehörigen bestritten.

*

Das Reichsgericht verurteilte den Buchhalter Hermann Makower aus Berlin, der längere Zeit Zersetzungsleiter der KPD. in Berlin und Brandenburg war, wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu drei Jahren Gefängnis und 300 M. Geldstrafe.

*

Der sächsische Landtag bewilligte am Mittwoch einstimmig 2¼ Millionen Mark Betriebsvorschüsse für die Meißener Porzellanmanufaktur, um dem altberühmten Unternehmen über die durch die Absatzkrise hervorgerufenen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

*

Die Einsprüche Fochs gegen den Etat der deutschen Reichswehr haben bis heute zu einer offiziellen Note an Deutschland nicht geführt. Die Pariser Presse setzt ihre Auszüge aus dem Gutachten Fochs fort, die deutlich beweisen, daß es sich um keine abgeschlossenen und zurückliegenden Differenzen, sondern um eine erst bevorstehende Aktion handelt. In der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin sind Einzelheiten nicht zu erfahren. Aus der Rückkehr des Generals Walch aus Paris ist aber zu schließen, daß die Erörterungen der neuen Forderungen an Deutschland im Schoße der Alliierten abgeschlossen sind.

*

Wie das amerikanische Kriegsdepartement bekanntgibt, ist ein Austausch von Weltkriegsfilmen mit Deutschland, England, Frankreich und Italien beschlossen worden.

*

Das Pariser „Echo" meldet: Unmittelbar nach der Kammersitzung am Dienstag empfing Caillaux die Vertreter der französischen Beamtenverbände. Es wurde eine Zurückstellung des Ultimatums der Beamtenverbände um drei Wochen erreicht, um dem Finanzminister Gelegenheit zu geben, den ersten Teil seines Sanierungsprogramms durchzuführen.

*

Die Aussichten auf Beilegung des englischen Bergarbeiterstreiks sind noch immer nicht günstig. Das Unterhaus bewilligte mit 245 gegen 115 Stimmen die von der Regierung beantragten drei Millionen Pfund Sterling zum Ankauf von Auslandskohle. Die Arbeiterpartei protestierte insbesondere gegen den Ankauf deutscher Kohle.

Der „Westminster Gazette" zufolge sind der englischen Nation durch den Kohlenstreik seit dem 1. Mai nahezu 500 000 000 Sterling (1 Milliarde Mark) verlorengegangen. — Der englische Bergarbeiterführer ist in Berlin eingetroffen, um mit Vertretern der russischen Bergarbeitergewerkschaften über die Weiterzahlung der russischen Unterstützungsgelder zu verhandeln.

*

Die englisch-griechischen Kriegsschuldenverhandlungen sind gestern abgebrochen worden.

*

Wie der Pariser „Herald" aus Mexiko meldet, hat Präsident Calles das Dekret unterzeichnet, das 11 000 Ordensgeistliche aus Mexiko ausweist. Die Ausweisungen stellten nur einen Teil des linksradikalen Programms Calles' dar. Der amerikanische Gesandte habe bereits gegen die Ausweisungen amerikanischer Ordensmitglieder protestiert.

*

Wie der Neuyork „Herald" aus Santiago de Chile meldet, teilt das chilenische Kriegsministerium amtlich mit, daß die seinerzeit aus dem Tacna-Arica-Gebiet zurückgezogenen Truppen wieder in das strittige Gebiet eingerückt sind. — Damit ist die Vermittlung Amerikas in dem Streit zwischen Chile und Peru endgültig gescheitert und das Ansehen Amerikas hat einen schweren Schlag erlitten.

*

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Tokio: Der Ausschuß des japanischen Reichstags hat die Mittel für die Schaffung von 32 neuen Luftgeschwadern für die Landesverteidigung mit allen gegen zwei Stimmen bewilligt.

Italien verlangt Tunis!

Londoner Alarmmeldungen.

Aus London kommt eine Alarmnachricht von größter Bedeutung, die deshalb ernst zu nehmen ist, weil sie aus der seriösesten Zeitung Englands stammt und den Inhalt einer Erklärung des offiziellen italienischen Vertreters in London wiedergibt:

Der italienische Botschafter in London erklärte dem Timesvertreter, daß Italien schon in den nächsten Tagen seine Ansprüche auf Tunis wieder energisch in Paris geltend machen werde. Mit England bestünden keine Meinungsdifferenzen über die Vormachtstellung Italiens in Nordafrika.

Daß es sich nicht um eine bloße Schwindelnachricht handelt — was bei der Londoner „Times", seit der Weltkrieg vorüber ist, als ausgeschlossen gelten kann, wird durch die folgende weitere Nachricht bestätigt:

Der holländische „Courant" meldet aus London: Die Lloydversicherung erhöhte am 5. Juli die Prämiensätze für Kriegsgefahr im Mittelmeer um 2 v. T.

*

Trotzdem erscheint der Anspruch Italiens auf die französische Kolonie Tunis als so kühn und kommt so unerwartet plötzlich, daß man vorläufig weitere Bestätigungen abwarten muß. Denn wenn auch zwischen England und Italien neuerdings engere Beziehungen bestehen — wie die von England bestellte Kriegsdrohung Italiens gegen die Türkei zeigte (die den Engländern das Mossulgebiet verschaffte), und wie der englisch-italienische Vertrag über Abessinien zeigte —, so kann man sich doch nicht denken, daß England diesen Anspruch Italiens wirklich unterstützt. Denn es würde den Bruch Englands mit Frankreich und unmittelbare Kriegsgefahr zwischen Frankreich und Italien bedeuten.

Richtig ist allerdings, daß Italien prinzipiell Ansprüche auf Tunis erhebt, da der überwiegende Teil der dort wohnenden Europäer italienischer Herkunft ist, und richtig ist ferner, daß ernste Differenzen zwischen Italien und Frankreich über die staatsrechtliche Stellung der dortigen Italiener (Anerkennung ihrer italienischen Staatszugehörigkeit usw.) bestehen. Aber zur konkreten Forderung der Herausgabe dieser Kolonie an Italien ist noch ein weiter Schritt. — Nehmen wir einstweilen an, daß es sich mehr um einen kräftigen Bluff Mussolinis handelt, um zwar nicht gleich ganz Tunis, aber große Zugeständnisse von Frankreich zu erhalten. Auch dann bleibt die von Mussolini gewählte Form aufreizend genug und muß den französisch-italienischen Beziehungen eine bedenkliche Schärfe geben, die eines Tages zur Entladung führen kann.

*

Der Belgrader Berichterstatter der „Chicago Tribune" behauptet, daß Mussolini die Verheiratung der beiden Töchter des italienischen Königs plane. Die eine soll dem König Boris von Bulgarien vermählt werden, die zweite mit dem Präsidenten der albanischen Republik.

Was ich in Amerika erlebte.

Von Katharina Hertwig, Halle.

Mir fiel in Amerika auf, wie wenig man im allgemeinen vom Kriege spricht, nicht allein den Blutopfer wegen, sondern aus dem unbefriedigenden Gefühl heraus, Amerika hätte nicht in den europäischen Krieg eintreten sollen. Ein der Regierung nahestehender Amerikaner gab im Privatgespräch sogar zu: „Es war ein Fehler, daß wir in den Krieg eintraten. Wir wollen den Fehler nicht fortsetzen und halten uns deshalb von europäischer Politik fern. Wir haben genug mit uns selbst zu tun, unser Land ist so groß und hat so viele Möglichkeiten, daß wir Europa sich selbst überlassen können. Aber wir wollen natürlich unser geliehenes Geld von Europa wiederhaben."

Bringt man das Gespräch auf Wilson und seine 14 Punkte, so steigt das Unbehagen, und man sagt: „Er hat das Beste gewollt, nur war er ein kranker Mann." Langsam beginnt es zu dämmern: die Kriegsschuldfrage wird ihnen im innersten Herzen ein schwerer Vorwurf; Deutschland hat man entwaffnet und trotzdem rüstet man die ganze Welt weiter; Deutschland bricht wirtschaftlich durch seinen Erfüllungswillen beinahe zusammen und gleichgültig gibt Frankreich Summen für Heer und Flotte aus, ohne an die Bezahlung seiner Kriegsschulden zu denken. Kein Land und Volk ist durch den Frieden glücklich geworden, entweder brennen die Wunden des erlittenen Unrechts oder das Siegerland zittert vor einem möglichen Verlust seines Raubes. So hat Wilson keinen Frieden geschaffen, sondern eine Menge heimliche Brandstellen und Unruheherde. Deshalb die Absage: „Nein, fort Bündnisse mehr in europäische Angelegenheiten."

*

Es dämmert auch die Erkenntnis, daß die Propaganda für das Eintreten Amerikas in den Krieg durch viele im englischen Sold stehende Sprecher systematisch durchgeführt wurde. Als ich einer Deutschamerikanerin auseinandergesetzt hatte, daß unsere Jugend nicht begreifen könne, warum die Deutschamerikaner nicht ihren ganzen Einfluß aufgeboten hätten, die Kriegserklärung gegen ihr altes Vaterland zu verhindern, antwortete sie: „Dann hätten Sie hier erleben müssen, wie täglich in jedem Theater, Kino oder Vortrag, an den Straßenecken und sogar in Kirchen uns gepredigt wurde: ‚Deutschland will die ganze Welt sich unterjochen, Deutschland wird auch den Krieg nach Amerika tragen.' Nach dem Erscheinen des ersten Handels-U-Bootes mit Kapitän König in Amerika sagte man uns: ‚Seht, so kommen sie bald zu Tausenden.' Darauf waren selbst wir Deutschamerikaner der Ansicht: Nein, das geht zu weit, jetzt müssen wir den Schmächern helfen. Jetzt erst gehen uns die Augen auf, und deshalb will jeder einzelne, der Verwandte oder Freunde in Deutschland hat, durch persönliche Opfer helfen und wiedergutmachen."

*

Der Geist des Wiedergutmachenwollens und der Wunsch, neue Kriege zu verhindern, beherrschen die amerikanische öffentliche Meinung. Man predigt Völkerversöhnung. Das ist in der ganzen Welt bei dem allgemeinen Schiffbruch der Nationsgroßen, nach dem alle greifen. Nach heute begeistern sich weite amerikanische Kreise für den Völkerbund. Man sieht in ihm das Heil und wünscht, daß die eigene Regierung den ablehnenden Standpunkt aufgibt. Diese Kreise bewundern „die Geduld und würdige Haltung" Deutschlands in Genf.

Es ist überhaupt erstaunlich, mit welchem Interesse man jeden deutschen Schritt verfolgt und welch gute Meinung man von Deutschland und seinem Wiedererstarken hat. Weist man auf seine großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Reparationslasten und den drohenden Bolschewismus hin, so heißt es: „Deutschland wird auch das überwinden, denn es hat es fertig gebracht, trotz der furchtbaren Inflation aus eigener Kraft seine Währung wiederherzustellen." Ein anderer Beweis für den gesunden Sinn des Volkes ist es, daß sieben Jahre nach der Revolution der größte Mann des Krieges, der beste Deutsche, Hindenburg, an die Spitze des Reiches gestellt wurde." Diese beiden Tatsachen haben in Amerika einen so ausgezeichneten Eindruck gemacht, daß man an eine Stimmenmehrheit für die Fürstenenteignung von vornherein nicht glaubte. Bei allen Amerikanern steht fest, daß, wenn Deutschland nicht imstande ist, eine neue Welle des Bolschewismus aufzuhalten und zurückzuschlagen, der Bolschewismus ebenso nach Frankreich und England kommt, und das bedeute den Untergang Europas.

Ein Tauschgeschäft?

Spanischer Ratsitz. — Räumung des Rheinlandes?

Die Londoner „Daily News" meldet:

Chamberlain erwartet schon für die nächsten Tage die Zustimmung der übrigen alliierten Mächte zur Zuerkennung eines ständigen Ratssitzes an Spanien im Völkerbund.

— Diese Meldung wäre an sich recht beunruhigend für Deutschland, denn sie würde andeuten, daß zwar die Alliierten wieder miteinander verhandeln und einig sind, dagegen Deutschland gar nicht gefragt, sondern vor vollzogene Tatsachen gestellt werden soll. Dem widerspricht zum Glück eine andere Meldung, die wir ebenfalls der Londoner Presse entnehmen müssen, da zu anschließend in unserem „demokratischsten Staate der Welt" das dumme Volk nicht unterrichtet zu werden braucht, was unsere hohe Diplomatie unternimmt. Die Londoner „Daily Mail" meldet:

Die Verhandlungen des nach Berlin gereisten deutschen Botschafters mit Chamberlain betreffen die Festlegung von Räumungsterminen für die zweite und dritte Zone. Der deutsche Botschafter hat befriedigende Erklärungen und Zusicherungen erhalten, sofern der Botschafterrat die deutsche Entwaffnung feststellen wird.

Hoffen wir, daß unsere Vermutung eines inneren Zusammenhanges zwischen diesen beiden Meldungen richtig ist und daß zutreffendenfalls auch wirklich die Räumung des besetzten Gebiets erreicht wird. Zwar ist diese Räumung eigentlich die logische Folge des Locarnovertrages, da nach Abschluß dieses Versöhnungs- und Verzichtsvertrages mit Frankreich jede Notwendigkeit und damit auch jeder Vorwand für weitere Besetzung fortfällt. Da aber Frankreichs Politik nicht nach Logik und Vernunft, sondern nach Willkür geht, mag es richtig sein, der Vernunft ein wenig nachzuhelfen. Erreichen wir wirklich die Räumung, so würde man ein deutsches Nachgeben gegenüber Spanien in der Frage der Ratssitze schwerlich tadeln können, zumal es uns neue spanische Sympathien gewinnen könnte.

Was Frankreich zur Räumung des Rheinlandes sagen würde, muß man erst noch in Erfahrung bringen, aber es wäre denkbar, daß die neue Regierung Briand-Caillaux dank der nichtdeutschfeindlichen Einstellung des letzteren, verständiger und versöhnungsbereiter als die bisherigen wäre. Für unseren Außenminister Dr. Stresemann wäre die französische Zusage einer alsbaldigen Räumung des gesamten besetzten Gebiets auf jeden Fall endlich ein greifbarer Erfolg seiner Locarnopolitik. Hoffentlich scheitern aber diese Aussichten nicht wie bisher stets daran, daß Frankreich in letzter Minute unerfüllbare Forderungen stellt (Ratssitz Polens usw.) oder nur unverbindliche Versprechungen macht.

Polen sucht Streit!

Der polnische Protest gegen die angebliche Ausweisung polnischer Landarbeiter aus Deutschland umfaßt drei eingeschriebene Schreibmaschinenseiten. Vorläufig ist von dem Außenminister der deutsche Gesandte in Warschau zur Berichterstattung aufgefordert worden. Der neue Konflikt bedeutet eine nicht unerträchtliche Erschwerung auch der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen.

Die ausländischen Pressevertreter in Warschau sind gestern amtlich informiert worden, daß die polnische Regierung nicht nur eine Milderung, sondern eine vollständige Aufhebung der deutschen Ausweisungsverfügung in Berlin gefordert hat. „Gazeta Warzawska" zufolge rechnet die Regierung zu den im Weigerungsfalle zu ergreifenden Repressalien auch die Wiederaufnahme der Optantenausweisungen und Maßnahmen auf handelspolitischem Gebiet.

Dabei ist es bankrott.

Aus Warschau verlautet: Der amerikanische Sachverständige, Professor Kramerer, der in Warschau mit acht Finanzsachverständigen eingetroffen ist, hatte lange Besprechungen mit dem polnischen Finanzministerium über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens. Professor Kramerer hat dabei betont,

daß eine polnische Anleihe in Amerika keinen Erfolg haben würde, da das amerikanische Kapital zu Polens Wirtschaftsverhältnissen kein Vertrauen habe.

Nach Meinung des amerikanischen Sachverständigen muß die polnische Wirtschaft auf ganz anderer politischer und ökonomischer Grundlage aufgebaut werden. Die polnische Regierung müsse mit den Nachbarstaaten von Osten und Westen eine Politik der Verständigung treiben. Auch für eine neue Anleihe zur Stabilisierung des Zlotykurses seien die amerikanischen Finanzkreise nicht zu gewinnen.

Die polnischen Finanzkreise sind mit den pessimistischen Aeußerungen des Amerikaners sehr unzufrieden, zumal er festgestellt hat, daß sich Polen in einem Stadium langsamen Bankerotts befindet.

— Vielleicht erklärt sich der herausfordernde Ton gegenüber Deutschland daraus, daß man mit Hilfe nationalistischen Rummels das Volk über die innere Mißwirtschaft hinwegtäuschen will. Und uns Deutschen glaubt man es bieten zu dürfen, da wir ja seit Versailles und besonders auch seit Locarno bisher alles einstecken, um nur ja „die Völkerverständigung nicht zu stören". Sie mögen sonst von Politik nicht viel verstehen, die polnischen „Krapulinskis und Waschlappskis", aber den wirklichen und eigentlichen Geist von Locarno haben sie besser begriffen als mancher deutsche Politiker.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260709012/fragment/page=0001

Man sieht die Zukunft Englands als eines reinen Industrielandes sehr schwarz an, denn alle führenden Männer des Wirtschaftslebens in Amerika legen Nachdruck auf die Gesundung und Stärkung der Landwirtschaft eines jeden Landes. Ich hörte von einem jüdischen Bankherrn sagen: „Nur das Land, das eine eigene gesunde Landwirtschaft besitzt, hat die Zukunft." Mit allen Mitteln werden die zahlreichen landwirtschaftlichen Banken von Regierungsseite unterstützt, wie man überhaupt die gesamten Banken unter Kontrolle hält. „Wir wollen nicht den gleichen Fehler Deutschlands machen, daß die Banken durch Kapitalanhäufung der Regierung gegenüber eine Macht bedeuten", sagte überlegen lächelnd ein auf besonderem Posten stehender Amerikaner.

*

Aus allen Gesprächen, aus allen Aeußerungen des öffentlichen Lebens springt dem aufmerksamen Beobachter in Amerika der starke zusammengefaßte Wille eines nationalen Staates entgegen. Kühl, weitschauend, nach außen immer verbindlich, innerlich fest geschlossen, zeigt sich die Führung des Ganzen, mögen auch die Meinungen und Wünsche der einzelnen auseinandergehen.

Unwillkürlich zieht man Vergleiche mit dem eigenen Vaterlande und fragt sich: Ist die gute Meinung in Deutschlands gesunde Kraft berechtigt, solange nicht auch bei uns hinweg über alle Sonderinteressen und Wünsche dieser starke Wille zum nationalen Staate die Mehrheit des deutschen Volkes zusammenfaßt?

Das ist nicht nur für uns, nein, für ganz Europa Schicksalsfrage und ebenso nicht gleichgültig für Amerika; deshalb das lebhafte Interesse der Amerikaner für alle Lebensäußerungen Deutschlands.

Ernste englisch-chinesische Zusammenstöße.

Ueber Moskau wird aus Kanton, dem roten Südhafen Chinas, gemeldet, daß es infolge der erneuten Erschießungen von Aufständischen durch englische Truppen zu Zusammenstößen zwischen Chinesen und Engländern gekommen ist. Ein Demonstrationszug zog vor das englische Konsulat und wollte es stürmen. Nur mit Mühe gelang es den englischen Soldaten, das Gebäude vor Plünderung zu schützen. Der Oberbefehlshaber von Kanton Tschaikentschin, hat den englischen Stellen mitgeteilt, daß er, wenn die Erschießungen nicht eingestellt würden, militärisch gegen die Engländer vorgehen würde.

Ferner wird aus London gemeldet: Die Regierung von Kanton hat dem englischen Generalkonsul einen scharfen Protest über das Verhalten des Kanonenbootes „Harantula" überreicht, in dem sie eine Abbedauerung und Bestrafung des Kommandanten verlangt. Nach der Ermordung des Direktors der „Asiatic Petrol-Company" wollte das Kanonenboot nach Kanton zur Untersuchung der Angelegenheit gehen. Die Behörden in Wutschau erklärten sich aber außerstande, dem Kriegsschiff einen Lotsen zu geben, wenn dieser nicht einen Betrag von 200 Pfund bekomme. Der Kommandant wollte jedoch nur das übliche Lotsengeld von 12 Pfund bezahlen. Als dies abgelehnt wurde, blockierte er aus eigener Machtvollkommenheit den Hafen von Wutschau während 10 Stunden.

Wupeifu droht den Mächten.

Nach einer Pekinger Meldung erklärte Marschall Wupeifu in einer Unterredung mit japanischen Pressevertretern, der Abbruch der Tarifkonferenz bedeute ihre unbegrenzte Vertagung und spreche ihm Mißtrauen bezüglich der Aufrichtigkeit der Mächte ein. Er sei entschlossen, eine neue Delegation unter der Führung des vormaligen Premierministers Pen zu ernennen.

Wenn die Mächte Ausflüchte machen und sich weigern sollten, die Konferenz fortzuführen, würde er unverzüglich die Tarifautonomie Chinas einführen.

— Diese letztere Drohung ist eine sehr ernst zu nehmende Aufstehung des bisher gegen die chinesische Nationalbewegung und mit den Fremdmächten haltenden Militärs.

Japanische Regierungskreise bringen die Absätze des russischen Botschafters aus Tokio mit einer Konferenz in Zusammenhang, die Rußland über das asiatische Problem mit seinen diplomatischen Vertretern abhalten will. Diese Konferenz dürfte wahrscheinlich eine Aenderung der russischen Politik im fernen Osten zur Folge haben.

Preußen fordert das Reich vor den Staatsgerichtshof.

Eine ereignisreiche Landtagssitzung.

Im Landtag waren sich am Mittwoch ausnahmsweise einmal alle Parteien einig: im Protest gegen die Reichsregierung, weil sie den Reichskanzler a. D. Dr. Luther zum Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahn ernannt hat, ohne Preußen vorher zu fragen. Der Ministerpräsident Braun verlas einen in ziemlich scharfen Tönen gehaltenen Protest der preußischen Staatsregierung gegen dieses Vorgehen der Reichsregierung, der zu dem Schluß kommt, daß durch dieses Vorkommnis „die zu einer ersprießlichen Führung der Reichs- und Staatsgeschäfte so nötige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und der Regierung des Landes, das mehr als die Hälfte des Reiches ausmacht, durch Schuld der Reichsregierung in Zukunft sehr erschwert wird".

Die Reichsregierung erklärt, nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis gekommen zu sein, daß ein Anspruch Preußens auf Benennung einer Persönlichkeit für die freie Stelle nicht gegeben sei. Preußen könne diesen Standpunkt nicht teilen.

Die preußische Regierung werde daher zur Feststellung der Rechtslage eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes herbeiführen. (Beifall.)

Die Persönlichkeit des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther scheide bei dieser Erörterung der Rechtslage völlig aus. Das Vorgehen der Reichsregierung bedeute eine Rücksichtslosigkeit, die die preußische Regierung nicht erwarten konnte.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten fand ungeteilten Beifall, was immerhin überraschend ist, da die Sozialdemokraten und Demokraten wie einst in Weimar so auch heute grundsätzlich Zentralisten und Gegner des Föderalismus, d. h. der Betonung der Sonderrechte der Länder gegenüber dem Reich sind. Offenbar war in diesem Falle für die Haltung der Linken weniger die Sache selbst, als ihr Parteiegoismus, ihre Gegnerschaft gegen die ihr nicht weit genug links gerichtete Reichsregierung maßgebend. Außerdem ist der Zentralismus der Linken ja insofern nur Aushängeschild, als bei wirklicher Zentralisierung doch all die schönen Abgeordnetenmandate und manche andere schöne zu Nutz und Frommen der politisch Strebsamen dienende Staatseinrichtung fortfiele. Der Akt ist so schön, auf dem man sitzt, man wird ihn doch nicht selber absägen.

Die Einigkeit ging denn auch schnell in die Brüche, als man zu anderen Besprechungsgegenständen überging und ariete schließlich in den wunderschönsten Krach aus, so daß der ordnungsartige Lärm bis auf die Straße gehört wurde. Stundenlang wurde über mehrere tausend Anträge, die von allen Parteien zur dritten Etatsberatung vorgelegt waren, abgestimmt.

Dabei wurde das Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen die Staatsregierung mit 288 gegen 127 Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen, Völkischen und Hannoveraner bei 20 Enthaltungen von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei abgelehnt.

In der Schlußabstimmung über den ganzen Etat in dritter Lesung stimmten die Deutschnationalen, die Völkischen, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Kommunisten mit Nein. Gegen diese Minderheit wurde der Haushaltsplan für 1926 endgültig bewilligt. Damit ist auch

der Fall Lessing

für den Landtag endgültig erledigt. Die gegen Lessing und den Lösungsversuch des Kultusministers gerichteten deutschnationalen und deutschvolkspartelichen Anträge fanden keine Mehrheit. In einem erneuten mit Zweidrittelmehrheit zustandegekommenen Beschluß, der wegen des Einspruchs des Staatsrates erforderlich geworden war, bestätigte das Haus

die Novelle zum Schutzpolizeibeamtengesetz

in einfacher Abstimmung gegen den Protest der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die in minutenlangem Lärm eine namentliche Auszählung verlangten. In Zukunft werden — nach der nun endgültig zum Gesetz erhobenen Novelle — die Schupobeamten nur noch den „rechtmäßigen" Befehlen ihrer Vorgesetzten nachzukommen und keinen „unbedingten" Gehorsam mehr zu leisten haben.

(— Uns will scheinen, daß der Staatsrat, der gegen diese Neuerung Protest eingelegt hatte, wesentlich klüger und sachlicher als die Mehrheit der Herren Landtagsabgeordneten ist. Denn wer nur je irgendeinem seiner verehrten Mitmenschen einen Befehl zu geben gehabt hat — und sei es auch nur an das Fräulein Köchin oder das gnädige Fräulein Stubenmädchen —, der kann sich ein recht deutliches Bild machen, wohin es künftig führen wird, wenn der Polizeibeamte bei jedem Befehl erst prüft, ob er auch „rechtmäßig" ist. Es mag ja sehr erfreulich sein, wenn jeder Sipo sich die zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Befehle notwendige genaue Gesetzeskenntnis in langjährigem Spezialstudium aneignet und in Streitfragen die drei bis vier besten dicklebigen Kommentare befragt: aber sehr praktisch ist diese doch ein klein wenig an die umständliche Klugheit der Bürger von Schilda erinnernde Neuerung wirklich nicht. Immerhin, die Mehrheit des Landtages wünscht es ja, also geschehe es!)

Nicht viel klüger als das neue Polizeigesetz ist das

Trennungsgesetz für Ober- und Niederschlesien,

das in zweiter Lesung mit 203 gegen 30 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen wurde und ganz im Gegensatz zu der sonst gepriesenen Zentralisierung einen Rückfall in die Kleinstaaterei darstellt. Aber es stehen neue Pöstchen in Aussicht — was natürlich nicht bestimmend ist für die Neuerung (wer wagte das auch nur zu denken?), was aber doch nicht unangenehm ist (außer für uns Steuerzahler, auf die es ja aber nicht ankommt). — Erwähnt sei schließlich noch, daß ein sozialistischer Antrag auf

Einschränkung der Prügelstrafe abgelehnt

wurde mit 206 gegen 168 Stimmen und daß insgesamt Deutschnationale, Volkspartei und Wirtschaftspartei treu zusammenhielten, sowie daß bis zum Schluß etwas reichlich „viel Lärm um nichts" herrschte.

Das Wahlrecht der Frauen in England.

In einer schriftlichen Antwort auf eine parlamentarische Anfrage erklärte der Unterstaatssekretär des Innern, die Regierung beabsichtige, eine Konferenz vorzuschlagen, die die Frage der Verleihung des Wahlrechtes an die Frauen zu den gleichen Bedingungen, unter denen es den Männern gewährt ist, prüfen soll. Das Datum für die Einberufung dieser Konferenz steht noch nicht fest.

— Sie sind zwar nach den Schilderungen unserer Linken sehr demokratisch in England, und sie hatten den Vorzug, schon vor dem Kriege in den „Suffragettes" die leidenschaftlichsten Vorkämpferinnen des Frauenstimmrechtes zu haben. Aber sie sind sehr vorsichtig in der praktischen Einführung der absoluten Demokratie und wahren dabei einen überlegenen Humor. Denn die Konferenz, deren Datum selber „noch nicht feststeht", wird, wenn sie je kommt, aller Voraussicht nach ein sehr heiteres Schauspiel werden — mit dem Endergebnis, daß die englischen Frauen selber vorziehen werden, auf das Stimmrecht zu verzichten, um dem heißenden Spott der unübertrefflichen englischen Karikaturisten und Witzbolde zu entgehen.

Um so stolzer können wir auf unser Frauenstimmrecht sein. Das ist doch wenigstens endlich einmal eine unbestreitbare „Errungenschaft der Revolution"!

Beamtensperre in Italien.

Mussolini hat sämtlichen Ministern seine Absicht mitgeteilt, dem Ministerrat eine Vorlage zu unterbreiten, wonach bis auf weiteres jede Zulassung zu staatlichen Aemtern unterbleibt und nicht einmal außerordentliches Personal angenommen werden soll. Die Minister werden angewiesen, inzwischen alle Zulassungsprüfungen einzustellen.

Die faschistische Parteileitung hat acht faschistische Zeitungen in der Provinz Rom als überflüssig aufgehoben.

Dem Mailänder „Secolo" zufolge hat Albanien in Rom die Entsendung einer Militärkommission zur Reorganisierung der albanischen Armee nachgesucht. — Die Eisenbahnen und Straßen hat Italien schon reorganisiert die Finanzen desgleichen, jetzt noch das Militär: ein Wort noch von Mussolini und Albanien ist ohne Schwertstreich erobert.

Die Fürsten können warten!

Zu dem Ersuchen des Generaldirektors des Hohenzollernhauses, v. Berg, in Vergleichsverhandlungen mit ihm einzutreten, hat die Preußische Regierung einen Beschluß noch nicht gefaßt.

— Man merkt, daß Preußen eine sozialistische Regierung hat! Nicht allein daran, daß sie unbillige Forderungen an die Hohenzollern stellt, sondern daran, daß sie es so gar nicht eilig hat, auf Grund der neuen Vergleichsbereitschaft der Hohenzollern zum Mindesten in Verhandlungen zu treten, um die leidige Fürstenfrage voran zu bringen. Aber die Fürstenhetze ist ja ein so wundervolles Propagandamaterial; das wird man doch nicht um des Gesamtwohls willen aus den Weg räumen, solange die Partei noch davon profitieren kann! Und das nennt man Politik und wundert sich, daß es uns schlecht geht!

*

Die Last der Besatzungskosten hat zu einem neuen Vorgehen des Verbandes der Städte und Landkreise des besetzten Gebietes geführt, um eine stärkere Beteiligung des Reiches an den Ausgaben für die Besatzung zu erreichen.

*

In den letzten Tagen sind aus dem einst russischen und jetzt polnischen Wolhynien 99 deutsche Kolonistenfamilien, die seit 50 Jahren dort ansässig sind, unter nichtigen Vorwänden vertrieben worden.

Seelöwen im Liebeskampf.

Von Dr. Ludwig Kohl.

Der in Norwegen ansässige deutsche Arzt veröffentlicht soeben im Verlage von Strecker und Schröder in Stuttgart ein reichillustriertes Werk: Zur großen Eismauer des Südpols". Er berichtet darin über die erste große Walfangerexpedition des Südpolfahrers Kapitän C. A. Larsen, die nach einem Vorstoß durch den südpolaren Eisgürtel in das Rossmeer und an die große Eismauer der Antarktis führte. Von einem interessanten Erlebnis auf der Kampbellinsel gibt die nachstehende Schilderung ein anschaulich Bild.

Als ich am 24. März um 6 Uhr morgens meinen Kopf aus der Hütte streckte, hörte ich ein fortgesetztes Brüllen vom Strande her. Nach einer Stunde erreichte ich einen kaum zweihundert Meter langen Sandstrand, in dem sich ein Bachlauf mit braunem Wasser verlor. Hier sah ich zahlreiche Seelöwen. Ich konnte, durch Felsen geschützt, mich bis auf vier Meter unbemerkt nähern und zählte 30 Tiere. Es schien keine Verbindung unter ihnen zu bestehen, wenn eine Gefahr, ein Mensch in ihre Nähe kam. Durch einen Steinwurf oder ein absichtliches lautes Geräusch sah ich wohl einen Seelöwen sich aufrichten und Umschau halten, sich aber bald wieder in den Sand werfen, während die übrigen Tiere ungestört ihre Kämpfe fortsetzten. Sie befanden sich alle in einem Zustand starker Erregung. Im Kampfe um das Weibchen, dem Tiere mit dem hellgrauen, fast lichten, hinten Fell, das inmitten der Kämpfer in einer entzückenden Nachlässigkeit lag. Ab und zu, wenn ein Sonnenblick auf das Tier fiel, schimmerte der Kopf wie wattes Silber.

Die sinnlichen Seelöwen waren, in einzelne Gruppen gesondert, über den schmalen Strand gestreut; dem Kampfpreise, dem Weibchen, am nächsten lagen zwei alte Recken, zahnlos fast, mit stumpfem, narbenbedecktem Fell, das sich am Halse verdichtete und aussah wie eine rotbraune Mähne, die über dem Halse hing. Sie waren die stärksten, hatten das Feld behauptet, jede fremde Annäherung abgeschlagen. Aber Kompromisse — Teilung — gibt es hier nicht, und ich brauchte nicht lange zu warten, bis sich die beiden mit ihren schweren Körpern gegeneinander warfen, wobei Kopf und Hals blitzartig zu Hieben ausholten gleich beweglichen Klingen, wie man es nie bei diesen sonst so schwerfälligen Leibern vermutet hätte. Fünf bis zehn Minuten dauern diese Gänge, dann lassen sie ab vom Kampfe, ruhen, werfen sich in den Sand, fast Schwermut und Beklommernis in ihren Zügen, daß ihnen dieser Liebespreis so viele Mühe kostet.

Jüngere Tiere tragen in der Umgebung Kämpfe aus, gewissermaßen Vorkämpfe, ehe sie sich dem eigentlichen Kampfgebiete, wo der Preis in Form dieser koketten Masse am Sande lag, zu nähern wagten. Es waren jüngere, schlankere Tiere ohne die Pelzverbrämung um den Hals, nicht so massig und unbehofften. Bald begann das eine oder andere Tier einzusehen, daß hier nichts zu holen sei. Fünfzehn Männchen und ein Weibchen! Wem wollte da nicht der Mut sinken? So sah ich auch bald einige von den Tieren gleich dem menschlichen Liebhaber, der, müde der vergeblichen Liebesmühe, sich zurückzieht, in der Brandung verschwinden, um sich vielleicht den ausgehungerten Magen mit ein paar Fischlein zu füllen.

Ein anderer kriecht weiter, auf diese nutzlose Aufregung verzichtend, zwischen zwei große Tussockgrasbüschel, die ihn und seinen Kummer unsichtbar machen, und hält ermüdet Siesta. Zwei andere legen sich in den feuchten Sand, wie um sich abzukühlen, und werfen sich mit ihren Flossen Sand über den Leib. Als Seltsamstes sah ich einige junge Tiere, den Leib auf die Vorderflossen gestützt, nach eigenartigen krampfartigen Bewegungen sich erbrechen und dann erschöpft in den Sand fallen (Masturbation?).

Große Kampfpause. Es sah aus, als ob der Streit um den Brautbesitz nun endgültig entschieden sei.

Meine Uhr sagte mir, daß ich vier Stunden Zuschauer war.

Um das Weibchen lagen nur noch die zwei großen Tiere, und auch von ihnen hielt das eine sich schon in einiger Entfernung. Nun begann ein unendlich läppisches Scharmutzieren des anderen alten Gesellen, das sich, bei Menschen und Tieren gleich, um so lächerlicher ausnimmt, je weiter der Liebhaber in den Jahren ist. Das Weibchen? Ihm stand ja keine Wahl frei. Wie überall in der Natur, so hatte auch hier der Stärkere das Recht.

*

Draußen von der See blies ein frischer West, der unter fortgesetztem Donnern eine starke Brandung gegen die Küste warf. Durch dunkle Regenwolken warf für ein paar Augenblicke die Sonne ein gleißendes Licht auf das Meer.

Als ich vorbei an den beruhigten Gruppen den Hang hinanstieg, sah ich auf der etwas erhöhten Tussocktersasse einen alten Seelöwen liegen, fast leblos und gebrochenen Auges. Seine Tage waren gezählt. Das sagten mir allein schon alle die Raubmöven, die ihn mit Hunger- und Raubgedanken dicht umlagerten, um sein Erlöschen zu erwarten.

So sah ich den Dreiklang alles Naturgeschehens, sah Werden, Sein, Vergehen in rascher Folge, und daß ich es an einer der einsamsten, verlassensten Küsten erleben durfte, verstärkte den Eindruck noch mehr.

*

Vorläufer des Kolumbus. Aus Neuyork wird gemeldet: Bei Spokane im Staate Washington wurde ein Felsblock mit einer Runeninschrift gefunden, die der norwegische Professor Opojon entziffert. Die Inschrift besagt, daß dort vor etwa 1000 Jahren eine kleine Gruppe Wikinger gelandet sei und einen schweren Kampf mit Indianern zu bestehen hatte. Der Zugang zu dem Grabe, in dem die Gefallenen bestattet wurden, ist noch sichtbar. Auf der Tafel ist auch eine noch früher unternommene Wikingerexpedition erwähnt.

Hochschulnachrichten.

Berlin. Der Privatdozent für Hygiene und Bakteriologie an der Universität Berlin Dr. med. Otto Olsen ist zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor ebenda ernannt worden.

Münster. Als Privatdozent für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde habilitierte sich an der Universität Münster Dr. med. Karl Hellmann, Oberarzt an der Ohrenklinik, mit einer Schrift „Untersuchungen zur normalen und pathologischen Physiologie der Nase".

Zürich. Der Psychologe Professor Dr. phil. et med. Adolf Wreschner in Zürich vollendet am 9. Juli das 60. Lebensjahr.

*

Ein Lehrstuhl für Luftfahrwesen. Dem Vorstandsmitglied der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Adlershof Dr.-Ing. Georg H. Madelung, ist eine planmäßige außerordentliche Professur für Luftfahrtwesen an der Berliner Technischen Hochschule übertragen worden. Madelungs Arbeiten betreffen Flugzeugbau und Prüfung. Eine Berufung an die Technische Hochschule in Danzig als ordentlicher Professor hat Madelung abgelehnt.

*

Professor Dr. Joest (Leipzig) †. Der ordentliche Professor der allgemeinen Pathologie und der pathologischen Anatomie der Tiere, Prof. Dr. med. et vet. Joest, Direktor des Veterinär-Pathologischen Instituts an der Universität Leipzig, ist gestern im Alter von 52 Jahren einem Herzschlag erlegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260709012/fragment/page=0002